

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **65 (1985)**

Heft 2

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Vom Umgang zwischen Kultur und Politik

Zum 70. Geburtstag von François Bondy

Es wird viel darüber geredet und geschrieben, dass sich unsere Musterdemokratie eher schwer tue mit der Kultur. Der Zürcher Stadtpräsident sprach bei der Verleihung des Literaturpreises im vergangenen Dezember vom Antagonismus zwischen Kunstschaffenden und Politikern, der «mit dem Respekt entfernter Bekannter» auszutragen sei. Viele Schriftsteller dieses Landes verzichten ostentativ auf diesen Respekt und verwenden viel Schweiss darauf, zu sagen, wie sie leiden. Doch je drastischer die Wortwahl, um so geringer die Resonanz. Das politische wie das gesellschaftliche Establishment hören – wenn überhaupt – mit einer beiläufigen, meist eher verständnislosen Neugierde zu, die auf manch einen verletzend wirken muss.

Diese Beiläufigkeit mag aber damit zusammenhängen, dass der Grund des künstlerisch-intellektuellen Leidens an der schweizerischen Gesellschaft für den politisch-kulturellen «Normalverbraucher» dieses Landes nicht – oder zumindest nicht auf Anhieb – einsehbar ist. Das mit unterschiedlicher Brillanz artikulierte «Malaise» wirkt auf diesem Hintergrund vielfach forciert. Adolf Muschg, dem Träger des Zürcher Literaturpreises 1984, war dieser Sachverhalt offensichtlich gegenwärtig, als er seine Dankesrede

vom vergangenen Dezember verfasste. Er verzichtete auf die von vielen erwartete grosse Kulturschelte. Dort, wo er zeitkritisch wurde, schloss er im Grunde alle, die Kulturträger wie die Politiker und Normalbürger, mit ein, und er zelebrierte auch keinen «Holzboden Schweiz». Ein Kernsatz seiner Rede lautete denn auch: «Kultur finge wohl mit der Einsicht an, dass alles mit allem zusammenhängt; dass wir kein Gewicht unseres alltäglichen Lebens verschieben können, ohne am Netz des Ganzen zu ziehen.»

So gesehen fängt das «Elend» im Grunde bei jenem «Respekt entfernter Bekannter» an, der die faktische Koexistenz, die sich vielfach in gleichgültiger oder auch gewollter Beziehungslosigkeit erschöpft, sehr präzise zum Ausdruck bringt. Wir sind sehr stolz auf unsere «politische Kultur». Doch der selbstverständliche Umgang von Kultur und Politik respektive von Kulturschaffenden und Politikern im Sinne einer permanenten Auseinandersetzung findet nur in sehr begrenztem Umfang statt. Das ist für ein Gemeinwesen, dessen politische Entscheidungsfindung nach wie vor auf der idealtypischen These vom permanenten Dialog informierter Bürger beruht, eine Diagnose, die eigentlich beunruhigen müsste. Dass sie es nicht tut, gehört mit ins Bild und

wäre einer genaueren Erörterung auf beiden Seiten und zwischen beiden Seiten wert.

Hilfreich könnte dabei eine Orientierung an jenen wenigen Intellektuellen in diesem Lande sein, die ganz offensichtlich nicht an unserer politischen Gesellschaft leiden – nicht etwa deswegen, weil sie «total angepasst» sind, sondern weil für sie im Sinne der Formulierung Adolf Muschgs «alles mit allem zusammenhängt» und darum auch geistig entsprechend verarbeitet werden muss.

Zu ihnen gehört sicherlich François Bondy, auch wenn er es nicht wahrhaben möchte. Er ist eben jetzt, am 1. Januar, aus Anlass seines 70. Geburtstags als «Homme de Lettres» gefeiert worden¹. Die «Schweizer Monatshefte», deren Untertitel nicht zufällig «für Politik, Wirtschaft und Kultur» lautet, schätzen sich glücklich, auf seine Dienste und damit auf sein Wissen und seine Affinität zum weiten Bereich von Politik *und* Kultur zählen zu dürfen.

Was macht den «Homme de Lettres» aus, der sich bezeichnenderweise nicht ins Deutsche übersetzen lässt? Sein Hauptmerkmal ist wohl der unverkrampfte Umgang mit der Wirklichkeit, und zwar der kulturellen wie der politischen und wirtschaftlichen. Er hält nicht viel von selbsternannten Geistes- und anderen Aristokratien und den entsprechend zelebrierten Differenzierungen in den jeweiligen selbstgebastelten Wertordnungen. Das Ergebnis ist verblüffend. Es tun sich ihm damit Zusammen-

hänge auf, die sonst weder von hüben noch von drüben gesehen, geschweige denn formuliert werden können.

Mehr noch, der unverkrampfte Umgang mit den geistigen und politischen Fakten dieser Welt führt nicht etwa in die intellektuelle Position eines bequemen Neutralismus; er erlaubt ihm vielmehr klare, sachlich fundierte Standortbezüge, frei von ideologischen Rücksichten und Versteinerungen, mit der Freiheit auch, Unbequemes früher und deutlicher als andere zu sagen und doch nicht zu verletzen. Damit wird der Dialog, diese geistige Form demokratischer Existenz, nicht etwa mit fixierten Positionen blockiert, sondern im Sinne der kritischen Offenheit erst richtig lanciert.

Das alles tönt leicht und selbstverständlich. Doch ist es eine Grunderfahrung im Politischen wie im Kulturellen, dass das Leichte oft besonders schwer zu verwirklichen ist. François Bondys Leben und Wirken ist ein Beweis dafür, dass diese Art von geistig-politischer Existenz auch hierzulande möglich ist. Sein Beispiel macht uns immer wieder Mut und lässt uns hoffen, dass die «entfernten Bekannten» vielleicht doch noch zu «normalen», alltäglichen Weggefährten werden.

Richard Reich

¹ «Homme de Lettres», die Freundesgabe für François Bondy, kann solange Vorrat bei Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich, bezogen werden.

Stichs Prioritäten

Der neue Finanzminister ist nun etwas mehr als ein Jahr in Amt und Würden – Zeit genug also, um seine Prioritäten zu orten und einen Eindruck davon zu gewinnen, ob Absichtserklärungen und Handeln einigermaßen deckungsgleich sind, ob er auch das gehalten hat, was er selbst versprach und sich andere von ihm versprochen haben. Diese Frage ist nicht zuletzt deshalb von einigem Interesse, weil Nationalrat Stich ja unter eher ungewöhnlichen Umständen an die «bundesrätliche Macht» gekommen ist. Allerdings war Stich schon als Parlamentarier kein unbeschriebenes finanzpolitisches Blatt, bildeten doch die Bundesfinanzen schon vor dem Einstieg in die Exekutive einen *Schwerpunkt* in seinen politischen Aktivitäten. Als Parteimann war er zwar der «sozialistischen Wirtschaftsphilosophie» verpflichtet; aber als Mitglied eines grossen privatwirtschaftlichen Unternehmens wusste er auch, wo die Grenzen einer überzogenen Finanzpolitik verlaufen.

Ein moderierter Linker also, mit dem auch die Wirtschaft, wenn nicht in völliger Harmonie, so doch ohne schwerwiegende Konflikte leben kann? Dies scheint im Blick auf die bisherigen Erfahrungen durchaus so zu sein. Für Stich als Finanzminister steht einmal der *Budgetausgleich* im Bund als wichtigste Zielsetzung im Vordergrund. Er misst Einzelaktionen wenn nicht ausschliesslich, so doch schwergewichtig an der Frage, ob sie ihn diesem Ziel näher bringen oder nicht. Und er hat tatsächlich keine schlechten Chancen, als jener Finanz-

minister in die Geschichte der Eidgenossenschaft einzugehen, dem es gelungen ist, die Defizitwirtschaft, die seit anfangs der siebziger Jahre im Bundeshaushalt grassiert, zu *überwinden*. Dabei kommen ihm natürlich sowohl die Gunst der Zeit – zufriedenstellende wirtschaftliche Entwicklung und damit reichlich fließende Steuern – wie die Anstrengungen zugute, die seine Vorgänger unter dem Druck eines Stimmungsbildes geleistet haben, das sich gegen einen ausufernden Bundeshaushalt auswirkte. Eine solche Wende wäre trotzdem erfreulich. Und es ist dem helvetischen Kassenwart dabei bewusst, dass die Aufrechterhaltung der *Ausgabendisziplin* – die nun wieder etwas lockerer zu werden beginnt – unter allen Umständen gesichert werden muss.

Und dies um so mehr, als Stich verschiedentlich äusserte, der Bund solle nun mit den Mitteln auskommen, die ihm zur Verfügung stehen. Wenn man dieses Wort ernst nimmt – und nichts deutet darauf hin, weshalb man dies nicht tun sollte –, so würde es bedeuten, dass die Einführung neuer oder die Heraufsetzung bestehender Steuern in absehbarer Zeit nicht ins Haus stehen – ausgenommen natürlich jene, die im *Finanzplan* vorgesehen sind. Das wäre nach den eher verunglückten Manövern auf dem Gelände der Verkehrssteuern (Schwerverkehrssteuer, Autobahnvignette) immerhin schon etwas. Die Wirtschaftslage ist keineswegs so, dass man einer unbekümmerten fiskalischen Vorwärtsstrategie mit Gleich-

mut begegnen könnte. Erwünscht wären vielmehr gezielte *Steuer-senkungen*.

Solche Initiativen sind jedoch von Finanzminister Otto Stich kaum zu erwarten. Es sei denn, Einnahmenausfälle würden postwendend wieder *kompensiert*. Der Kompensationsgedanke scheint ihm tief in den Knochen zu sitzen. Er gibt nichts aus seinen finanzpolitischen Klauen, wenn dies nicht im Rahmen eines Kompensationsspielchens geschehen kann. Diese Priorität bestimmt beispielsweise seine Grundhaltung gegenüber der geplanten Revision der *Warenumsatzsteuer*, so wie sie von der Kommission Heimann vorgeschlagen worden ist. Eine Wust-Revision, die auch Stich bejaht, darf es nur geben, wenn die Energiewust *nicht* als Kompensationsware gehandelt wird. Die Kompensation der Einnahmehausfälle von einer runden Milliarde Franken müsste also auf andere Weise geschehen, etwa durch die Erfassung von Dienstleistungen oder eine Satz-erhöhung (oder beides). Das aber will aus guten Gründen die Wirtschaft nicht. Also bleibt vorläufig wohl alles beim alten, obwohl der Bundesrat seinerzeit versprochen hat, diese Frage *rasch* zu behandeln. Für Otto Stich steht die Wust-Revision nicht an erster Stelle der Prioritätenordnung.

Kommt in dieser Haltung eine ge-

wisse «Starrheit» des Finanzministers zum Ausdruck? Völlig wird man diese Frage nicht verneinen wollen. Denn eine Entlastung der Investitionen von der Bürde der Wust könnte einen Investitionsimpuls begünstigen, der sich wieder positiv auf die Steuereinnahmen auswirkt. Stich scheint bei diesem Problem etwas *statisch* zu denken. Eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen *Rahmenbedingungen* – auch an andern Orten der Steuerordnung – wäre gewiss kein Luxus und darf eben nicht nur mit einem statischen Auge beurteilt werden. In dieser Beziehung stehen die finanzpolitischen Vorzeichen in der Ära Stich vermutlich nicht allzu günstig – Rahmenbedingungen hin oder her.

Der *Föderalist* Stich macht nun auch die Erfahrung, dass ihn die Kantone – Stichwort: Neuverteilung der Treibstoffzollzuschläge – nicht mit Samthandschuhen anfassen. Bei diesem Geschäft scheint eine Kompensation in die Binsen zu gehen. Und das hat ihn offenbar in einige Rage gebracht. Jedenfalls will er nun auch nichts mehr von einer Verteilung der Notenbankgewinne wissen, an der die Kantone partizipieren. Er fährt die Masche: *alles für den Bund oder nichts!* Ist das die Reaktion einer beleidigten Leberwurst? Die Vermutung spricht etwas für diese Interpretation.

Willy Linder

Da staunt der Laie

... und die Fachmänner streiten sich. Präsident Reagan hatte am 23. Mai 1983 seine sensationelle, seither heftig umstrittene Rede über den sogenann-

ten «Krieg der Sterne» gehalten. Die Möglichkeit, den Frieden zwischen den beiden Atomsupergrossmächten zu sichern, läge, so der Präsident, in

der Überwindung des so treffend mit «Mad» abgekürzten Prinzips wechselseitiger garantierter Zerstörung durch die Fähigkeit, auch nach einem Angriff den Feind vernichtend zu treffen. Wenn es gelänge, im Raum alle sowjetischen Raketen abzufangen und zu zerstören bevor sie amerikanischen Boden erreichten, wäre der Gegenschlag nicht mehr als wechselseitiger Selbstmordpakt die einzige Alternative. Und warum nicht den Sowjets helfen, selber diesen technischen Fortschritt zu vollbringen? Es wäre Defensive auf beiden Seiten statt Rivalität der Offensiven.

Gegen Reagans Vision wurden zweierlei Einwände erhoben, beide von erstrangigen Forschern vorgebracht; erstens: es sei «science fiction», wie sie viele Filmserien ausnützen und typisch für einen von Hollywood faszinierten Staatschef – sinnlose Vergeudung von Mitteln bis zu Hunderten von Milliarden Dollar. Zweitens: wenn es etwa doch machbar wäre, so hätten die Sowjets Grund, diese Entwicklung nicht abzuwarten oder inzwischen die Zahl ihrer Raketen mit atomaren Geschossen so sehr zu vermehren, dass die Möglichkeit, sie alle rechtzeitig unschädlich zu machen, verschwindend gering wäre. Ein Schritt mehr zu beiderseitig erhöhten Rüstungsausgaben und damit das Gegenteil jener in Verhandlungen durchsetzbaren Abrüstung, die den Weg zum Frieden weise. Und sollte nicht der Weltraum von der Einbeziehung in strategische Massnahmen verschont bleiben, um nur wissenschaftlichen, möglichst auch gemeinsamen Unternehmungen zu dienen?

Der Laie hat kein Urteil über diese

«kosmische Maginotlinie» gegen atomare Raketen, und die Wissenschaftler haben Meinungen, die sich nicht nur nicht decken, sondern einander sogar krass widersprechen. Zwei Beispiele:

Im *Scientific American* vom Oktober 1984 warnen vier Forscher, darunter Nobelpreisträger *Hans A. Bethe*, vor der Verteidigung im Raum. Ihr Erfolg sei höchst unwahrscheinlich, die Ausdehnung des Rüstungswettrennens als Folge des Entscheids jedoch gewiss. Also wäre das Projekt gleichzeitig unwirksam und schädlich, anders gesagt: der Schaden gewiss, der Nutzen höchst problematisch.

Hinter dem Aufsatz und seinen Thesen steht der Verein der «betroffenen Wissenschaftler» *Union for Concerned Scientists*. Es wäre nötig, etwa 10 000 atomar geladene Raketen aufzufangen, ohne zwischen wirklichen Sprengköpfen und Attrappen, die leicht zu multiplizieren sind, unterscheiden zu können.

Auf Grund technischer Überlegungen, die der Interessierte in der genannten Zeitschrift nachlesen mag, sprechen die vier Verfasser des Memorandums von der Leichtigkeit, mit welcher diese Verteidigung umgangen werden kann. Der entgegengesetzte Weg sei der eines zweiseitigen Verbots des Experimentierens und Gebrauchs von Raumwaffen. Hiezu sei jede Anstrengung zu machen. Doch geben die Autoren im letzten Absatz zu, dass eine von Verteidigungswaffen beherrschte Zukunft wünschbar sei und nicht ausgeschlossen werden dürfe. Das könne durch «*unvorhersehbare technologische Entwicklungen in einem günstigen internationalen politischen Klima*» geschehen; dann

könnten die bestehenden Abkommen ohne weiteres neu verhandelt werden. Dieser Schluss macht es dem Leser schwer zu verstehen, ob die Kritik sich gegen ein undurchführbares oder gegen ein gerade wegen seiner Durchführbarkeit gefährliches Programm richtet.

Robert Jastrow, der der erste Vorsitzende des NASA-Ausschusses zur Erforschung des Mondes war und als Astronom und Physiker anerkannt ist, hat schon im Januar 1984 im *Commentary* Reagans Plan als durchführbar bezeichnet; er kommt jetzt im Dezember-Heft darauf zurück. «*Der Krieg gegen den Krieg der Sterne*» ist sein Aufsatz betitelt, der an der Spitze des Heftes steht. Doch geht es um zwei von bedeutenden Forschern vorgelegte Berichte, die zum gleichen negativen Schluss kamen.

Jastrow widerspricht den Thesen Punkt für Punkt. Die Wissenschaftler, die die Zahl der nötigen Abwehrraketen berechneten, hätten sich getäuscht: nötig wären deren 25mal weniger. Schon in der Aussage vor dem Ausschuss des Kongresses habe der Sprecher der «*Concerned Scientists*» die Einschätzung von 2400 Sa-

telliten auf 800 heruntergeschraubt, dann auf 300. Der Bericht des *Office of Technology Assessment* spreche nur von 160 Satelliten; Jastrows eigene Einschätzung erreicht nur die Hälfte dieser Zahl. Der Beschleuniger im kreisenden Satelliten müsse 40 000 Tonnen wiegen – so die «*Concerned Scientists*». Jastrow schreibt, dass es sich um einen enormen Rechenfehler handle, es wären in Wirklichkeit 25 Tonnen. Vor einem Senatsausschuss habe ein Sprecher der «*Concerned Scientists*» diesen Irrtum zugegeben, doch in einem missverständlichen Wortlaut.

Jastrow insinuiert nicht, dass die Berichte absichtlich verfälscht wurden. Er schreibt: «*Wenn Wissenschaftler starke Emotionen haben, können ihre rationalen Urteile durch ideologische Vorurteile beeinflusst werden.*»

Hat die Nachrüstung auf westeuropäischem Boden und die angekündigte «*kosmische Maginotlinie*» die Sowjets zum Verhandeln gebracht, also zu einer Korrektur ihres Kurses? Da diese Korrektur weltweit begrüßt wird, darf auch von Laien darüber nachgedacht werden.

François Bondy

Es ist beruhigend, vernünftig versichert zu sein

Bitte reden Sie mit uns.

winterthur
versicherungen

Immer in Ihrer Nähe